

# „Agenda 21“ – alter Hut im neuen Outfit

## 1. Teil

Als Handlungsauftrag für die Zukunft wurde auf der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 von rund 178 Staaten der Vereinten Nationen die „Agenda 21“ verabschiedet. Dahinter stand die Besorgnis, daß die geschrumpften globalen Ressourcen nicht weiter unbegrenzt ausgebeutet werden dürften und es endlich zu einer umweltgerechten wirtschaftlichen Entwicklung kommen müsse.

Als Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert fordert die „Agenda 21“ auf, unser Verhalten, besonders in den Industriestaaten, zu ändern. Das Leitbild einer sozialen gerechten und ökologisch verträglichen Welt, welche in der Lage ist, auch die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und die natürlichen Existenzgrundlagen langfristig zu sichern, hat fortan als Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung zu dienen, die sich gleichermaßen an ökologischen und sozialen Belangen zu orientieren hat und bis in die Städte und Kommunen wirken soll.

Damit wird den „**Lokalen Agenden**“ eine maßgebliche Bedeutung als Instrument zugewiesen, mit dem alltägliche Politik gestaltet werden kann, verbunden mit der Erwartung, daß entsprechende Entscheidungsprozesse beispielsweise in Verwaltung und Politik, in Initiativen und Verbänden, in der Wirtschaft und in den Schulen umgesetzt und gefördert werden.

### Umsetzung auf lokaler Ebene: Beispiel Deutschland

Unter dieser Prämisse haben sich in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl von Kooperationen und Zusammenschlüssen in Deutschland in rund 420 Städten, Gemeinden und Landkreisen gebildet, um zukunftsfähige Aktionsprogramme zu entwickeln oder zu projektieren. Das Bündnis zwischen Politik und Verwaltung einerseits, Initiativen, Vereinen und Privatpersonen andererseits trägt bereits Früchte, was durch vielfältige Aktivitäten, theoretischer und praktischer Art, facettenreich zum Ausdruck kommt :

In Germering bei München soll eine rote Linie auf dem Bürgersteig als „**roter Faden**“ 20 Kunstobjekte aus unterschiedlichen Materialien verbinden. Die öffentlichen Reaktionen auf die ersten fertiggestellten Arbeiten sind durchgehend kontrovers, womit der örtliche Kunstkreis als Initiator sein wichtigstes Ziel, die „Lokale Agenda 21“ ins Gespräch und in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu bringen, erfüllt sieht.

Mit seinem Pilotprojekt „ Gesundheits- und Fitnessregion Kreis Arweiler“ setzt Arweiler auf eine ganzheitliche Regionalentwicklung unter Beachtung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Anliegen. In Kreativzirkeln werden Maßnahmen und Initiativen entwickelt, die sich insbesondere mit der Vermarktung regionaler Produkte auf breiter Basis – „ Dorf der offenen Höfe“ oder „ Konsum der kurzen Wege“ – befassen.

München hat sich das Ziel gesetzt, mit seinem Ausländeranteil von 22% eine „multikulturelle Stadt“ zu werden. Eine Forderung des aus 150 Institutionen, Verbänden und Politikern bestehenden Fachforums lautet, ausländische Personen oder Gruppen nicht länger als Problemfälle zu betrachten, sondern sie ohne Verlust ihrer Identität einzugliedern. Das Ganze soll in eine Selbstverpflichtung einmünden, multikulturelle Aktionen, Lebensweisen und Ansichten aufzunehmen und zu fördern.

Als erste „Agenda“ Schule in Nordrhein-Westfalen beschloss die Duisburger Gesamtschule Globus am Dellplatz, das gesamte Schulprogramm an der „Agenda 21“ auszurichten. Nach dem Motto **„global denken und lokal handeln“** wurde z.B. ein abfallfreies Schülercafé eingerichtet; darüber hinaus sollen u. a. ein Projekt zur Teilbegründung des Schuldaches folgen und die Bereiche soziales Lernen, Umwelt- und Medienerziehung zu pädagogischen Schwerpunkten ausgebaut werden.

Hamm fördert seit einigen Jahren Gemeinschaftsinitiativen, die sich nachhaltig mit der Gestaltung einer ökologischen Zukunft auseinandersetzen. Nach dem Motto „umsetzen, nicht reden“ werden Kontakte zu Bürgern, Vereinen und Verbänden genutzt um konkrete Maßnahmen ökologischer Verbesserungen städtischer Strukturen finanziell zu fördern. Über naturnahe Freiraumgestaltung, Fassadenbegrünung oder Entsiegelung und Bepflanzung von Grundstücksflächen sollen auch Bürger und Bürgerinnen, die nicht in Vereinen/Verbänden organisiert sind, zueinander finden, um gemeinsam ein Stück Natur zurückzuerobern.

Städte wie Bremen, Kaiserslautern, Leverkusen und Trier arbeiten an „Stadtmarketingkonzepten“, in der Absicht, die Ansprüche der „Lokalen Agenda 21“ in eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu integrieren. Als Kommunikationsprozess der Akteure zusammen-führt und Verwaltungshandeln koordiniert, soll der „Agenda“ - Prozess Ziele formulieren und in konkrete Handlungsfelder einfließen lassen, welche sich z. B. mit Energieversorgung, Städtebau und Ökologie, Leitbildern zum nachhaltigen Tourismus, Mobilität und Verkehr, Zukunft der Arbeit, regenerativer Energie und Ressourcen-schutz etc. befassen.

Mit seinem Pilotprojekt „nachhaltiger Stadtteil Neustadt“ will Bremen Theorie durch Praxis ersetzen und regelmäßig über die Schlüssel-projekte, darunter „Etablierung eines Hol- und Bringservices“ für Senioren und das Projekt „Wohnwege zur Weser“, bei dem es um mehr Lebensqualität durch weniger Personenkraftwagen geht, berichten. Der Kern des Ganzen, so die Organisatoren, sind die gemeinsame Zielsetzung und die Identitätsstiftung, die alles zusammenführen.

### **Mehr Schein als Sein**

So interessant, lokalbezogen und praxisnah einige Initiativen und Projekte in der Bundesrepublik auch sein mögen, deuten die nach dem Zufälligkeitsprinzip ausgewählten Beispiele zumindest partiell darauf hin, dass eher theoretische Ansätze formuliert werden, als eine realitätsnahe Umsetzung vor Ort, bezogen auf konkrete Projekte unter Beteiligung **freier** Träger und Verbände, durch Idealvereine und Bürger erfolgt.

Obwohl die Motivation der nach außen engagiert wirkenden öffentlichen Körperschaften durchaus nicht in Abrede gestellt werden soll, kann man sich des

Eindrucks nicht erwehren, dass es in einem erheblichen Umfang zumindest auch um die Umsetzung handfester wirtschaftlicher und anderer (eigennütziger) Interessen geht, für deren Ziele die „Agenda 21“ erhalten muss. Darauf deuten nicht nur die doch recht globalen und wenig differenzierten Zielsetzungen, sondern auch die eher institutionalisierten Träger und die bürgerferne theoriebezogene Sprache in der Darstellung.

In einer ersten Bilanz stellen z.B. die im Bremer Umweltforum zusammengeschlossenen Initiativen und Verbände fest, dass die „Gesamtbilanz deutlich negativ ausfällt“. Obwohl sich einiges verändert habe, so Peter Müller, Mitglied des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) halte die Landesregierung bislang unbeirrt Sanierungskurse und setze dabei besonders auf stadtunverträgliche Großprojekte, die nicht nur Finanzen, sondern auch Flächen fräßen.

Dieser Bewertung kann nur beigepflichtet werden, denn vor dem Hintergrund überzogener Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzuwächse rechtfertigt das aktuelle Stadtentwicklungskonzept Bremens Eingriffe in bewährte innerstädtische Strukturen, sieht zusätzliche Wohn-, Gewerbe- und Straßenflächen vor und macht auch vor ausgewiesenen und optimal eingebundenen innerstädtischen Kleingartenflächen nicht halt! Mit den Vorgaben der herbeigewünschten Wachstumsquoten dürfte das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung Bremens kaum möglich sein und die „Lokale Agenda 21“ trotz aller ehrlich gemeinten Ansätze lediglich eine Alibifunktion erfüllen.

Das mag am Beispiel Bremen, seiner schwierigen Haushaltssituation wegen, besonders gut nachvollziehbar sein – exemplarisch und damit auch auf andere Städte und Kommunen übertragbar ist es allemal. Zwischen schönem „Agenda“ – Schein und der rauen Wirklichkeit einer verschärften Konkurrenz zwischen Kommunen klafft eine nicht zu übersehende Lücke, die dem Anspruch einer sozial ausgewogenen und ökologisch verträglichen Welt nicht (immer) gerecht wird. Darüber hinaus scheinen die Aktivisten aus Politik und Verwaltung sowie aus wirtschaftlichen und anderen Interessengruppen, darunter auch die Naturschutzverbände, so sehr auf die mit der „Agenda 21“ vermeintlich neu formulierten Postulate und deren Ausrichtung fixiert zu sein, dass sie die nachhaltige Entwicklung im Kleingartenwesen, die schon längst stattgefunden hat und welche die Inhalte der „Agenda 21“ auf lokaler Ebene pragmatisch umsetzt, nicht erkennen oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

## 2. Teil - Nachhaltigkeit im Kleingartenwesen

Dabei liegen die Bezüge der „Agenda 21“ zum Kleingartenwesen auf der Hand. Diplom- Ingenieur Reinhart Herzog von der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege in Laufen hat hierauf jüngst und im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde ( BDG) nachvollziehbar hingewiesen und die Anknüpfungspunkte im Bereich „nachhaltige Entwicklung, Gesundheit, Bildung und soziale Kompetenz“ herausgestellt.

Begünstigt werden das Potential und die Möglichkeiten durch den hohen Organisationsgrad der über 3 Millionen Mitglieder in Europa zählenden

Kleingärtnergemeinschaft sowie durch die rechtliche Struktur, welche eine ideelle Vereinsträgerschaft voraussetzt und in den Satzungen soziale wie ökologische Ziele als Selbstverpflichtung formuliert und vorgibt.

Konkret dürften die nachfolgenden beispielhaften Darstellungen zeigen, dass die Gartenfreunde auch ohne „Agenda“ Anlass landauf und landab schon längst vom „Reden“ zum „Handeln“ übergegangen sind :

Überwiegend sind die Kleingartenanlagen keine isolierten Inseln, sondern mit dem öffentlichem Grün und den benachbarten Wohnquartieren durch Fuß- und Radwege verbunden. Die Gemeinschaftseinrichtungen, bei-spielsweise Spielplätze und Bänke, stehen Gartenfreunden und Bürgern gleichermaßen zur Verfügung und erfüllen zusammen mit dem Frei – und Gehölzflächen in der Anlage eine wichtige Naherholungsfunktion für den Stadtteil.

Die Pflege der Anlage und der Gärten selbst orientiert sich an umwelt-relevanten Grundsätzen, wobei die Verwendung von Herbiziden über-wiegend ganz verboten ist und die Kompostwirtschaft, der schonende Umgang mit dem Boden, das Mulchen, die Wiederverwertung der Gartenbiomasse, die Erzeugung gesunden Obstes und Gemüses - unter Berücksichtigung des Standortes, der Sortenauswahl und der klimatischen Verhältnisse der jeweiligen Region – schon lange zum Standardrepertoire der Gartenfreunde gehören.

Umweltrelevante und naturnahe Projekte, wie z.B. die Schaffung von Feuchtbiotopen, der Rückbau verdichteter, versiegelter Wege, das Pflanzen von Vogelschutzgehölzen und das Anlegen neuer Wege-verbindingungen aus wasserdurchlässigen natürlichen Materialien , die Förderung von Streuobstwiesen, Trockenbiotopen, Dachbegrünungen und Nützlingen etc., sind ebenfalls Ausdruck eines kollektiven Bewusst-seins, welches Verantwortung beispielhaft praktiziert.

Die nun folgenden Beispiele machen deutlich, dass der Vielfalt keine Grenzen gesetzt sind und die Kleingärtner keine geschlossene Gruppe, sondern eine offene Solidargemeinschaft darstellen:

- spezielle Kleingärten für Senioren oder für Kinder im Vorschulalter in Partnerschaften mit Seniorenheimen und Kindergärten;
- Initiativen mit Arbeitslosen- Selbsthilfegruppen, die im Rahmen von Berufsvorbereitungsprojekten Jugendlichen die Möglichkeit geben, durch die Nutzung eines eigenen Gartens Erfahrung mit der Natur zu sammeln;
- die Kooperation mit einer psychiatrischen Tagesklinik, die in der therapeutischen Nutzung einer Parzelle und dem Kontakt zu benachbarten Kleingärtnern vielversprechende Möglichkeiten in der Behandlung ihrer Patienten sieht;
- Verbindungen zu Schulen, die in Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen praxisnahen Fachunterricht nach dem Motto „learning by doing“ anbieten können;
- vielfältige Angebote an Lehrpfaden mit bewußt angelegten Biotop-strukturen und Mustergärten.

Der Begriff Ausländerintegration ist im Kleingartenwesen keine Leerformel, sondern Ausdruck einer nachhaltigen Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher

Nationalitäten. So ist es keine Seltenheit, dass Vereine einen Anteil von mehr als 10% ausländischer Mitbürger unter ihren Mitgliedern aufweisen und Nachbarschaftsprobleme dennoch kaum vorhanden sind. Überwiegend tragen die Gemeinschaft und die gemeinsamen Interessen dazu bei, die gegenseitige Akzeptanz zu erhöhen. Auch türkische Vereine, wie z.B. in Bremen, die auch deutsche Gartenfreunde zu ihren Mitgliedern zählen, sind – ebenso wenig wie die Mitarbeit ausländischer Gartenfreunde in den Vorständen „deutscher“ Vereine – keine Einzelfälle mehr.

Ohne die beliebig gewählten Beispiele weiter fortzusetzen, wird deutlich, dass das Leitbild der „Agenda 21“, die „nachhaltige Entwicklung“ im Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und sozialen Belangen, im Kleingartenwesen bestens aufgehoben ist und praxisnah umgesetzt wird. Dies ist einerseits auf die Schulung und Ausbildung der Gartenfreunde auf allen Ebenen zurückzuführen, andererseits darauf, dass die oft eigene Not und Betroffenheit aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen oder Veränderungen in Vergangenheit und Gegenwart das Kleingartenwesen gezwungen haben, flexibel zu reagieren und die Gartenfreunde sich eher und intensiver wirtschaftlicher, umweltrelevanten und soziale Bedingungen stellen mußten.

Daraus resultierten gerade in den vergangenen Jahren Kooperationen mit vielen Einrichtungen und Institutionen, darunter u.a. Naturschutzverbände, Bildungsträger, Schulen und Kindergärten, bis hin zu Kontakten, insbesondere auf dem Umweltsektor, mit der Privatwirtschaft, die allesamt noch ausgebaut und intensiviert werden können.

Zu welchen Leistungen die Gartenfreunde fähig sind, hat das 2. Europäische Naturschutzjahr gezeigt, an dem die Kleingärtnern aus Bayern und Bremen nicht nur mit überregional bedeutenden Monatsprojekten teilgenommen haben, sondern auch auf Vorschlag des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Naturschutzjahr 1995 durch den Bundespräsidenten, Dr. Roman Herzog, ausgezeichnet wurden.

Optimale Bedingungen liegen also für alle vor, die sich einer erfolgsversprechenden Zusammenarbeit mit den Gartenfreunden und örtlichen Kleingärtnerorganisationen im „Lokalen Agenda“ - Prozess – wenn man denn praktisch arbeiten, konkrete Projekte umsetzen, die Leistungen und Bemühungen der Gartenfreunde zur Kenntnis nehmen und Gemeinwohlinteressen im besten Sinne der „Agenda 21“ zur Durchsetzung verhelfen will – nicht verschließen.

Deka  
Schluß